



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/246 - 29.10.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Zum Tode Hermann Ehlers	S. 1
Die USA und die deutsche Wiedervereinigung	S. 3
Der Wohnungsbau in der Sowjetzone	S. 5
Die Jahre des Kanzlers - ein politisches Argument?	S. 7

Zum Tode Hermann Ehlers'

sp - Mit Hermann Ehlers, dem Präsidenten des ersten und dem ersten Präsidenten des zweiten Bundestages ist eine Persönlichkeit von besonders ausgeprägtem politischen Profil von uns gegangen. Die junge westdeutsche Demokratie hat nicht eben Überfluss an ihnen. Er starb in der Fülle der Jahre, gerade 50 geworden, wie von einem Blitz gefällt.

Wie jeder eigenwillige und betont selbstbewußte Politiker war er, auch wegen seines hohen Amtes als Bundestagspräsident, das ihm immer neue Bewährung abforderte, ein Mann, an dem sich die Meinungen häufiger und heftiger entzündeten, als bei den meisten anderen. Ihm eignete nicht die unverwüstliche Verbindlichkeit des Reichstagspräsidenten der Weimarerzeit, Paul Löbe, der als Hochbetagter noch unter uns weilt. Ehlers trug seine Ansichten und Urteile sehr bestimmt, oft kategorisch, in der Form bisweilen schroff vor.

Auch Politiker und Journalisten, die ihn näher kannten, wussten nicht zu sagen, wie weit seine besondere Art, sich zu geben, nicht nur in seinem Wesen lag, sondern auch in dem Willen, von seinem exponierten Amt aus dem Ansehen der westdeutschen Volksvertretung Autorität zu geben. Das geschah wohl auch in dem Gedanken, wie missachtet die Begriffe Parlament und Abgeordneter durch die böse Saat des Nationalsozialismus noch im offen ausgesprochenen oder geheimen Urteil vieler sind!

Ehlers hatte als Bundestagspräsident die Zügel fest in der Hand, aber er hatte nicht die Gabe, diese straffe Zügelführung möglichst unsichtbar und leicht erträglich zu machen. Spezielle Einwände, die

die Opposition mehr als einmal vorzubringen hatte, sollen hier nicht neu aufgegriffen werden. Das hätte keinen Sinn und würde jeder Gepflogenheit widersprechen, zumal Hermann Ehlers keine Antwort mehr geben kann. Sicher ist, dass das demokratische Verantwortungsbewußtsein in seinem Wesen fest verankert war, und dass es sehr persönliche Züge trug.

Er hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Menschen in Westdeutschland für die Idee des demokratischen Parlamentarismus zu gewinnen. Es wäre gegen jede Erwartung und fast ein Wunder gewesen, wenn die Art und Weise, die er für die richtige hielt, immer und überall nur Beifall gefunden hätte.

Ehlers hat als führender Mann der evangelischen Kirche mehr als einmal Worte gefunden, die vor den Gefahren eines politischen Klerikalismus warnten, so im April dieses Jahres in einem Rundfunkvortrag mit den Worten: "Klerikalismus liegt immer vor, wenn die Kirche auf das öffentliche Leben dort Einfluss zu gewinnen sucht, wo der Staat seine notwendige Funktion hat. Die Frage, wo die Grenze liegt, wird von evangelischen und katholischen Christen jeweils verschieden beantwortet werden." Der Verstorbene ist sehr früh nach dem zweiten Weltkrieg einer der maßgebenden Männer der CDU geworden. Er suchte alsbald durch das Gewicht seiner Persönlichkeit dem Überwiegen des politischen Katholizismus wirksam entgegenzutreten - niemand wird sagen können, dass das immer mit Erfolg geschah. Auf der anderen Seite war er unermüdlich um den Ausgleich widerstreitender Strömungen und Interessen in seiner Partei zwischen den beiden Konfessionen bemüht. Diese selbstgewählte, spannungsreiche und im gewissen Sinne auch widerspruchsvolle Aufgabenstellung wird ihm mehr Arbeits- und Nervenkraft gekostet haben, als man dem vitalen und robusten Manne äußerlich ansah.

In der CDU war Hermann Ehlers der erste politische Repräsentant des Protestantismus. Wer diese Rolle an seiner Stelle übernehmen soll, ist zur Stunde noch ganz ungewiss, so wie die andere Frage, wer sein Nachfolger als Bundestagspräsident werden soll.

Die USA und die Pariser Verträge

O.L., New York, 25. Okt.

Mit außerordentlichen Aktionen vor allem zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung hat das offizielle Washington den Abschluß der Pariser Vereinbarungen beantwortet. Präsident Eisenhower ging zum ersten Mal auf ein Flugfeld, um ein heimkommendes Kabinettsmitglied zu begrüßen, so viele Reisen Mr. Dulles auch bisher unternahm. Und am Abend nach seiner Ankunft erstattete der Außenminister seinen Bericht über die neue Lage in Europa einer außerordentlichen, von Eisenhower zu diesem Zweck einberufenen Kabinetts-Sitzung, die sowohl durch Fernsehen wie das Radio übertragen wurde. Selbstverständlich weiß jeder Amerikaner, dass eine Kabinettsitzung, noch dazu über so heikle diplomatische und internationale Fragen, keine Kabinetts-Sitzung, sondern nichts als ein neuer Rahmen für eine Fernsehansprache ist. Aber, dass zum ersten Mal ein solches Mittel gewählt wurde, zeigt nur, dass die leitenden Männer in Washington, vor allem diejenigen, die sich mit der Propaganda für die Eisenhower-Administration beschäftigen, diesen Anlass als wichtig genug ansahen, um diese ungewöhnliche Methode zu erfinden.

Das hat zwei Gründe, die eng miteinander zusammenhängen. Die Vereinigten Staaten stehen unmittelbar vor der Kongresswahl. Die Berichte aus allen Teilen des Landes, die nicht von den Demokraten, sondern aus objektiven, zum Teil Republikanischen Quellen kommen, besagen, dass die Stimmung für die Republikaner nicht günstig ist, dass die wenig vorteilhafte wirtschaftliche Lage vor allem auf dem Arbeitsmarkt und in den Farmgebieten eine Stimmung der Gleichgültigkeit unter den Wählern erzeugt hat, die sich vor allem gegen die Republikaner richtet. Die Umgebung Eisenhowers, die an Republikanischer Parteipolitik interessiert ist, hat daher mit Freuden die Gelegenheit ergriffen, etwas über einen amerikanischen Erfolg in der Außenpolitik berichten zu können. Dies ist nun der zweite Grund. In den letzten Monaten hatte man so wenig Gelegenheit, Erfolge des Außenministers Dulles und der amerikanischen Diplomatie zu erwähnen, dass angesichts der Vereinbarungen von Paris und neuer Aussichten für die Aufrichtung einer Verteidigungsorganisation in Westeuropa nun der Augenblick gekommen zu sein schien,

die Dulles-Diplomatie als erfolgreich hinzustellen. Und dies insbesondere eine Woche vor den Wahlen!

So ist kaum anzunehmen, dass im ersten Überschwang dieses amerikanischen diplomatischen "Triumphes" - wie man die Vereinbarungen von Paris deuten will, - eine sachliche Diskussion über die tieferen und ernsteren Probleme der neuen Situation möglich ist. Der Durchschnittsamerikaner, der sich über die Details eines ihm durchaus noch immer nicht vertrauten Kontinents nicht ohne weiteres eine selbständige Meinung bilden kann, ist geneigt, in allen Einzelheiten und Schwierigkeiten wie dem Saarproblem nur böartige oder sinnlose Schwierigkeiten zu erblicken. Dazu kommt, dass die amerikanische Politik in ihren Äußerungen so wenig Gewicht auf die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gelegt hat, dass es nicht weiter auffiel, dass Außenminister Dulles in seinem öffentlichen Bericht an das Kabinett diese Frage überhaupt nicht erwähnte. Aber die Nicht-Erwähnung war für die offizielle amerikanische Haltung sowohl zu dem Problem selbst wie zu den Pariser Vereinbarungen durchaus kennzeichnend.

Bei der Besprechung der Saarfrage beschränkte sich Dulles darauf festzustellen, dass man bis zum letzten Augenblick nicht gewußt hätte, ob diese Frage beigelegt werden könnte und ob die Verträge überhaupt unterzeichnet würden. Aber außer einer Anerkennung für die Großzügigkeit und den Weitblick Adenauers und Mendes-Frances und außer dem Hinweis, dass nun neben der Saarfrage auch die so störenden Gegensätze wegen Eriest gelöst seien, sagte der amerikanische Außenminister nichts über die Saar.

Er sprach kurz über die zu erwartende Haltung der Sowjetunion. Er lehnte im gegenwärtigen Augenblick Verhandlungen mit Rußland über die Wiedervereinigung Deutschlands ab. Er meinte, dass wenn Europa stärker würde, die Möglichkeit für solche Verhandlungen vielleicht gegeben würde. Eine Möglichkeit, die, wie er sagte, jetzt nicht gegeben sei. Im übrigen machte er eine für amerikanische Verhältnisse durchaus versöhnliche Bemerkung gegenüber der Sowjetunion: dass nämlich sie ebenso wie die anderen Länder durch die Bestimmungen geschützt werde, die ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus angeblich verhindern.

Hinter den Kulissen der Stalinallee

Aus Mitteldeutschland wird uns geschrieben

Über eine Versammlung, die kürzlich in einem Ort in Sachsen stattfand, berichtete der zuständige SED-Sekretär: "Nach dem Referat sprachen nur zwei Funktionäre, damit war die Diskussion über politische Fragen erschöpft. Es gab aber dann noch eine zweistündige Diskussion über Wohnungsprobleme." Der Bericht ist typisch. Seit Monaten werden in der Sowjetzone in allen Versammlungen Klagen über schlechte Wohnverhältnisse vorgebracht. Das hat seinen guten Grund.

Im Wirtschaftsplan für 1954 waren der Neubau von 50 000 Wohnungen durch den VB-Wohnungsbau, sowie von 6 000 Eigenheimen und 3 000 Genossenschaftswohnungen vorgesehen. Davon werden, wie die zuständigen Partei-Staatsorgane in einem Bericht über den Stand im Oktober feststellten, bis zum Ende des Jahres nur insgesamt etwa 28 000 Wohnungen fertiggestellt sein. Bereits im ersten Halbjahr war das Plansoll in den Kreisen um 40 % herabgesetzt worden, weil es an Material, vor allem an Zement, fehlte und deshalb an vielen begonnenen Bauten die Arbeit eingestellt werden mußte.

Nach den Behauptungen des ZK der SED wurden in den ersten drei Jahren des Fünfjahresplanes, also von 1951 bis 1953, in der Sowjetzone einschließlich Ostberlin rund 5,7 Millionen qm Wohnfläche neu geschaffen. Das sind bei einem Durchschnitt von 40 qm je Wohnung rund 142 000 Wohnungen. Tatsächlich betrug die Bauleistung jährlich nur rund 30 000, also in den drei Jahren 120 000 Wohnungen. Das würde eine durchschnittliche Fläche von 50 qm je Wohnung ergeben, wenn die Behauptung des SED-ZK hinsichtlich der Gesamtfläche zutreffen sollte. Im Vergleich zur Bevölkerungszahl betrug die sowjetzonale Bauleistung im Wohnungsbau in den Jahren 1951 bis 1953 nur etwa ein Viertel der westdeutschen Bauleistung. Während in Westdeutschland auf eine Million Einwohner 24 000 neue Wohnungen entfielen, kamen in der Sowjetzone auf eine Million Einwohner nur 6 000 Wohnungen.

In diesem Jahr kam das SED-Regime zum erstenmal mit einem Plan zum Bau von Eigenheimen und Genossenschaftswohnungen heraus. Die bereitgestellten Kredite reichen jedoch nur für die bereits erwähnten

6 000 Eigenheime und 3 000 Genossenschaftswohnungen, vorausgesetzt jedoch, dass die erforderlichen Eigennittel, die verlangte eigene Bauleistung in unbezahlten Arbeitsstunden aufgebracht wird und die benötigten Materialmengen zugeteilt werden. Die Vergabe der staatlichen Kredite ist an diese Voraussetzungen gebunden. Nach dem gegenwärtigen Stand wird kaum die Hälfte des Plansolls erreicht werden.

Für den Bau von Eigenheimen und Genossenschaftswohnungen, die für Beschäftigte in Großbetrieben vorgesehen sind, wurde von den betreffenden Belegschaften die Verpflichtung zu Ausschachtungs- und anderen Arbeiten in der Freizeit ohne Entlohnung verlangt. Gleichzeitig ist die SPD an die Belegschaften mit der Forderung herangetreten, sich in sogenannten "Patenschaftsverträgen" zu verpflichten, in der Freizeit unentgeltlich Reparaturen in den in der Umgebung des Betriebes gelegenen Häuserblocks der VE-Wohnungsverwaltungen auszuführen. Diese Forderungen stoßen auf Widerstand, weil die Arbeiter diese Methoden als zusätzliche Ausbeutung betrachten.

In einigen Städten haben die VE-Wohnungsverwaltungen den "Hausgemeinschaften" mitgeteilt, wie gering die Beträge seien, die für Reparaturen zur Verfügung stehen und ihnen die Entscheidung überlassen, welcher Schaden damit zuerst behoben werden soll. Die Funktionäre der VE-Wohnungsverwaltung erklärten "mehr haben wir nicht. Ihr seht, dass es nicht reicht. Entscheidet Ihr, für welche Reparatur das Geld genommen werden soll." Damit schoben sie den Mietern die Verantwortung zu.

Das alles hat die jahrelang angestaute Unzufriedenheit über die Vernachlässigung der Wohnungsreparaturen und des Neubaus von Wohnungen in diesem Jahr zum offenen Ausbruch gebracht. Deshalb hält die Bevölkerung den Propagandarednern der SED seit Monaten in allen Betriebs-, Häuser- und Wohngebietsversammlungen ihre Wohnungssorgen entgegen.

So sieht die Wirklichkeit hinter den Kulissen der Stalinallee aus, mit denen die Pankower Machhaber einen "großzügigen" Wohnungsbau vortäuschen wollten.

Das Risiko des Kampfes

-tt- Großbritanniens Premier Sir Winston Churchill ist 80 Jahre alt, der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer 78, sie haben also beide das sogenannte "biblische Alter" erreicht. Von der Bewunderung für die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit dieser beiden alten Männer schließt sich niemand aus, auch und gerade die deutsche Sozialdemokratie nicht, denn aus ihren Reihen entstammte der erste Oppositionsführer Nachkriegsdeutschlands, Dr. Kurt Schumacher, der - wenn auch nicht unter der Last eines so hohen Alters, so doch unter der vielleicht noch größeren Last schwerster körperlicher Leiden - ebenfalls eine großartige und bewundernswerte körperliche und geistige Leistungsfähigkeit bewiesen hatte.

Winston Churchill und Konrad Adenauer stehen mitten im politischen Leben und mitten im politischen Kampf. Da beide zudem Partei sind, stehen sie auch mitten im parteipolitischen Kampf. Wo gekämpft wird, werden Schläge ausgeteilt und müssen Schläge entgegengenommen werden. Das ist das Gesetz und das Risiko des Kampfes, dem sich keiner entziehen kann. Wer weder Schläge austeilten noch einstecken will, muß sich aus dem Kampf zurückziehen. Niemand aber darf erwarten, dass er nur schlagen kann, nicht aber auch selbst geschlagen werde.

Der "alte Mann" Winston Churchill hat sich noch niemals dem Gesetz und dem Risiko des Kampfes entzogen. Die innerpolitischen Kämpfe der britischen Parteien untereinander wurden und werden leidenschaftlich, erbittert und hart geführt. Winston Churchill hat die Labour Party schwer geschlagen und hat von ihr schmerzliche Schläge einstecken müssen. Weder Churchill noch die Konservative Partei haben aber jemals gefordert, dass er Schonung im Kampf erfahren müßte, weil er ein alter, sogar ein sehr alter Mann sei. Ein solcher Gedanke wäre für die Briten nicht nur unbritisch, sondern auch unfair und undemokratisch.

Der geschäftsführende Vorstand der CDU ist anderer Meinung. Er wirft der SPD, die aus ihrem tiefen Verantwortungsbewußtsein als deutsche Partei und deutsche Opposition heraus das von Adenauer in Paris unterzeichnete Saar-Abkommen als unannehmbar ablehnt, vor, sie greife den Kanzler rücksichtslos an, ohne seines hohen Alters und seiner aufreibenden tage- und nächtelangen Arbeit zu gedenken. Wir wissen nicht,

ob der CDU-Vorstand mit Wissen des Kanzlers diese Meinung vertritt, dass ein mitten im politischen und parteipolitischen Kampf stehender Politiker durch sein hohes Alter vor der Kritik seiner politischen Gegner geschützt sein müsse. Aber ob mit oder ohne Wissen des Kanzlers: Die Erklärung des CDU-Vorstandes ist eine sehr schlechte Sache! Sie ist, um das ganz klar zu sagen, reine Demagogie, weil sie das Alter des Kanzlers und seine von niemandem verkleinerte Leistungsfähigkeit in unfaire Weise als ein parteipolitisches Kampfmittel mißbraucht und ausschachtet.

Wir wollen es uns versagen, hier an die rücksichtslosen Methoden des Bundeskanzlers in den letzten Wahlkämpfen und Bundestagsdebatten zu erinnern. Wir wollen es uns auch versagen, hier an die ebenso rücksichtslosen Angriffe der CDU gegen den körperlich schwerbehinderten und leidenden Dr. Kurt Schumacher zu erinnern, den trotzdem kein politischer Gegner deshalb geschont hat. Kurt Schumacher hat diese Schonung auch nie verlangt, denn er war wirklich ein politischer Kämpfer. Er hat das Risiko des Kampfes auf sich genommen und sich ihm nicht entzogen. Wer von den Freunden und Anhängern des Bundeskanzlers dessen hohes Alter als politisches Argument benutzen will, leistet ihm damit einen schlechten Dienst.

+ + +
Ernst Zimmer - 70 Jahre

sp - Im Vollbesitz seiner körperlichen und geistigen Kräfte vollendet morgen der Schlesiersonn Ernst Zimmer in Misburg bei Hannover, in das ihn die Wirren der Nachkriegszeit verschlagen haben, sein siebentes Lebensjahrzehnt. Der betagte Jubilar kann auf ein reiches, wechselvolles, von Arbeit und Sorgen erfülltes Leben zurückblicken. Sein Weg ist typisch für alle, deren Charakter und Persönlichkeit durch die harte Schule der deutschen Arbeiterbewegung geprägt wurden. 1

Frühzeitige Reisen in In- und Ausland öffneten dem aufgeschlossenen und begabten Schüler der Breslauer Kunstgewerbeschule den Blick für die sozialen und politischen Ungerechtigkeiten. Als 20-jähriger kam Ernst Zimmer zur Sozialdemokratie, wurde nach dem 1. Weltkrieg einer ihrer führenden Sprecher in Breslau und in Mittelschlesien bis zur Machtübernahme Hitlers gab er als politischer Redakteur der "Breslauer Volkswacht" das Gepräge, jener Zeitung, die durch ihre mutige Haltung den besonderen Hass der NSDAP erregte. Eine schwere Zeit folgte mit Mißhandlungen in Konzentrationslagern und nach seiner Freilassung mit immer wieder neuen Verhaftungen, aber Ernst Zimmer war nicht der Mann, der resignierte. Nach der Austreibung nahm er, unterstützt von seiner vor Jahresfrist verstorbenen Lebensgefährtin, die politische Arbeit, zunächst in Ostwestfalen und dann in Hannover, wieder auf, wohin ihn Kurt Schumacher als Leiter des Vertriebenensekretariats beim Parteivorstand berufen hatte. Keine Mühe und keine noch so zeitraubenden Umwege waren ihm zuviel, wenn es galt, das Los seiner vertriebenen Landsleute zu lindern. Auch heute noch, auf der Schwelle zum 8. Lebensjahrzehnt, ist dieser Mann in seiner 2. Heimat als Fraktionsvorsitzender der SPD und als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Misburg tätig, ein Beispiel für alle, die in der Hingabe für das Wohl ihrer Mitmenschen einen erstrebenswerten Lebensinhalt erblicken. 2

Verantwortlich: Peter Raunau